

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bauen und Straßen am Donnerstag,
dem 24.09.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 18.30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 20.07 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Wolf Rosenhagen

vertritt Ratsherr Haye-Warfelmann und führt
als ältestes anwesendes Ratsmitglied durch
die Sitzung

Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Frank Schwarz

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 2 Matthias Kwise

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

Zuhörer/in

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Sven Schröder

Ratsfrau Viktoria Heller

Vertritt Ratsherrn von Lübken

Abwesend:

Vorsitzende/r

Ratsherr Jan Olof von Lübken

wird durch Ratsfrau Heller vertreten.

Mitglieder

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

wird durch Ratsherrn Rosenhagen vertreten

Öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1** der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2** der Beschlussfähigkeit
- 1.3** der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2026
- 3** Sachstand Kita – Feuchteschaden Vorlage: BÜ/018/2026
- 4** Weitere Beratung des Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2026; Ergänzungsantrag am 04.05.2026; hier: Regelmäßige Information über Bauanfragen und Baugenehmigungen
- 5** Vorstellung des Antrages der FDP-Fraktion vom 10.03.2026 auf Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes für die Gemeinde Lemwerder
- 6** Vorstellung des Antrages der CDU-NFL-Gruppe vom 27.05.2026; hier: Umwandlung eines Tennisplatzes in 2 Padel Plätze
- 7** Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 8** Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

Da der Vorsitzende, Ratsherr von Lübken, sowie der stv. Vorsitzende, Ratsherr Bade, nicht anwesend sind, übernimmt Ratsherr Rosenhagen als ältestes anwesendes und zur Sitzungsleitung bereites Ratsmitglied die Leitung der Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

1.1 der ordnungsgemäßen Einladung

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist allen Ausschuss- und Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen. Seitens Ausschussmitglieder werden keine Einwände vorgetragen.

1.2 der Beschlussfähigkeit

An der heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bauen und Straßen nehmen zehn Ausschussmitglieder teil. Die Beschlussfähigkeit gemäß § 65 NKOMVG ist damit gegeben.

Ratsherr von Lübken wird durch Ratsfrau Heller vertreten. Ratsherr Bade wird durch Ratsherrn H. Schöne vertreten. Ratsherr Haye-Warfelmann wird durch Ratsherrn Rosenhagen vertreten.

1.3 der Tagesordnung

Die Tagesordnung mit insgesamt acht Tagesordnungspunkten ist den Ausschussmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände, Anpassungen oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen.

Der Ausschuss für Bauen und Straßen beschließt einstimmig, die Sitzung nach der vorliegenden Tagesordnung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist die vorliegende Tagesordnung beschlossen.

2 Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.2026

Zu Beginn der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt teilt Ratsherr Wohlers mit, dass er die Niederschrift aufgrund beruflicher Verpflichtungen nicht gelesen habe und sich daher bei der anschließenden Abstimmung enthalten werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Bauen und Straßen genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2026 mehrheitlich.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	0
Enthaltung:	4

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

3 Sachstand Kita - Feuchteschaden Vorlage: BÜ/018/2026

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass die heutigen Vorberatungen dazu dienen, zunächst alle Beteiligten über den aktuellen Sachstand zu informieren und verliert die nachstehende Stellungnahme der Kommunalaufsicht des Landkreises Wesermarsch.

Die Kommunalaufsicht hat mit Schreiben vom 23.06.2026 den Ratsbeschluss vom 30.10.2025 beanstandet und darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Lemwerder diese Beanstandung bei allen weiteren Entscheidungen zur Umsetzung der Maßnahme, insbesondere bei der Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel, zu berücksichtigen hat. Hintergrund ist die erhebliche Abweichung der beschlossenen Variante „Abriss und Neubau“ von der gemäß der durchgeführten Szenarioanalyse wirtschaftlichsten Variante, der Sanierung. Je nach Szenario liegen die Abweichungen zwischen 37 % und 94 %. Im Worst-Case-Szenario beträgt der Unterschied im ermittelten Kapitalwert 1.179.368 Euro gegenüber

dem beschlossenen Ersatzneubau; in den beiden moderaten Szenarien liegt er zwischen 1.794.451 Euro und 2.126.491 Euro.

Nach Auffassung der Kommunalaufsicht hätte der Rat diese erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede bei seiner Haushaltsbeschlussfassung berücksichtigen müssen. Dennoch verabschiedete der Rat am 25.06.2026 den Haushalt 2026 einschließlich der Mittel für den Abriss und Neubau der Kindertagesstätte mehrheitlich. Am 11.09.2026 erhielt die Gemeinde vorab die Genehmigungsverfügung für den Haushalt 2026. Darin stellt die Kommunalaufsicht klar, dass die Sanierung fortzusetzen und die Mittel für einen Abriss und Neubau aus der mittelfristigen Finanzplanung herauszunehmen sind.

Im Rahmen der umfangreichen Beratungen hatte die Verwaltung den Auftrag erhalten, ein aktuelles Gutachten zur Schimmelbelastung einzuholen. Dieses liegt inzwischen vor und kommt zu dem Ergebnis, dass die Belastung gegenüber der letzten Messung vor zwei Jahren deutlich zurückgegangen ist. Der derzeitige Zustand der Kindertagesstätte sei aus mikrobiologischer Sicht als unkritisch einzustufen. Die festgestellten Belastungen könnten mit einfachen Maßnahmen behoben werden; durch eine Feinreinigung des gesamten Sanierungsbereichs könnten zudem frühere und aktuelle Befälle vollständig entfernt werden. Aus gutachterlicher Sicht bestehen daher keine Bedenken gegen eine Fortsetzung der Sanierung.

Zur Vorbereitung der heutigen Sitzung wurden außerdem eine Stellungnahme des Statikers, eine Stellungnahme zur Sanierung der Schmutzwasser-Grundleitungen sowie eine vom Architekturbüro Zanner erstellt.

Zusammenfassungen aller vorliegenden Gutachten liegen vor.

Frau Zanner kommt ebenso wie die übrigen Sachverständigen zu dem Ergebnis, dass die Sanierung aus technischer, wirtschaftlicher und nachhaltiger Sicht gegenüber einem Abriss und Neubau zu bevorzugen ist. Die Sanierung des Gebäudes sei grundsätzlich möglich. Sie sei zwar aufwendig, könne jedoch beherrscht und erfolgreich umgesetzt werden. Voraussetzung hierfür seien eine intensive Planung, eine qualifizierte und unabhängige Bauüberwachung sowie eine lückenlose Qualitätssicherung und Dokumentation.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, zusätzlich einen unabhängigen Sachverständigen mit der Bauüberwachung sowie der Qualitätssicherung und Dokumentation zu beauftragen.

Da beanstandete Maßnahmen gemäß § 173 Abs. 1 Satz 2 NKomVG nicht vollzogen werden dürfen, ist ein erneuter Ratsbeschluss zur Aufhebung des Baustopps und zur Fortsetzung der Sanierung erforderlich. Um die Sanierungsarbeiten im Interesse der betroffenen Kinder und Familien, die derzeit in Containern untergebracht sind, sowie zur Begrenzung weiterer Kosten, möglichst schnell wieder aufnehmen zu können, soll der erforderliche Beschluss am 08.10.2026 im VA und Rat eingeholt werden.

Aus dem Haushalt 2025 stehen für die Maßnahme noch ausreichende Restmittel in Höhe von 881.300 Euro zur Verfügung.

Bürgermeisterin Winkelmann betont, dass es heute darum geht alle Beteiligten und die Einwohner*innen auf den aktuellen Stand zu bringen und eine Vorberatung im Fachausschuss ist.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich mehrere Wortmeldungen:

Ratsherr Helling erhält das Wort und führt aus, dass er die von der Kommunalaufsicht übersandten Unterlagen gelesen habe. Er weist darauf hin, dass im Rahmen einer Sanierung neben den bereits bekannten Maßnahmen auch u.a. die Elektrik instandgesetzt

werden müssten. In diesem Zusammenhang erkundigt er sich, wer für die dadurch entstehenden Mehrkosten aufkomme, sofern diese über den bisher eingeplanten Kosten liegen.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass die entsprechenden Kosten von der Gemeinde Lemwerder zu tragen seien. Zur Finanzierung stehe der Gemeinde eine Schadensersatzzahlung in Höhe von 1,8 Millionen Euro zur Verfügung.

Anschließend erhält Ratsherr H. Schöne das Wort. Er verliest für die Fraktionen der SPD, FDP, UWL und der Bündnis90/Die Grünen eine Protokollnotiz, in der nochmals auf den aktuellen Sachstand zum Thema „Feuchteschaden Kita“ eingegangen wird.

Die Protokollnotiz **ist dem Protokoll als Anlage** beigelegt.

Ratsherr Schwarz erhält daraufhin das Wort und führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits vor einiger Zeit beantragt habe, im Zuge der Sanierungsarbeiten aufgrund der tendenziell wärmer werdenden Sommer eine Klimaanlage einzubauen. Er erkundigt sich, ob dieser Antrag erst im nächsten Ausschuss für Klima, Umwelt und Natur beraten werde oder ob eine Beratung auch an anderer Stelle erfolgen könne.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt dazu, dass es in der heutigen Sitzung zunächst darum gehe, den Baustopp aufzuheben und die Fortsetzung der Sanierungsmaßnahmen zu beschließen. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde – ebenso wie alle weiteren Aspekte im Zusammenhang mit der Sanierung – im weiteren Verfahren berücksichtigt.

Ratsfrau Heller nimmt das Wort und erkundigt sich, wer die Planungen für die Sanierung durchführen werde.

Bürgermeisterin Winkelmann führt dazu aus, dass die Planungsleistungen, wie bereits ausgeführt, extern vergeben werden sollen.

Ratsfrau Heller stellt anschließend eine weitere Frage. Sie führt aus, dass die Sanierung ursprünglich für einen Zeitraum von etwa drei Jahren vorgesehen gewesen sei. Inzwischen sei jedoch deutlich mehr Zeit vergangen.

Die derzeit genutzten Container seien für eine derart lange Nutzungsdauer nicht ausgelegt. Sie erkundigt sich daher, ob die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten könne, wie mit der Containersituation weiter verfahren werden solle.

Bürgermeisterin Winkelmann antwortet, dass der Kindergarten bereits zwei Räume im Gebäude 4 der Oberschule für Angebote nutze. Darüber hinaus sei das ehemalige „Haus der Großen“ dem Kindergarten zur Nutzung überlassen worden. Dadurch seien zusätzliche Ausweichmöglichkeiten geschaffen worden. Ferner werde derzeit geprüft, welcher Bodenbelag noch verlegt werden könne, um den Schutz vor Kälte und Lärm zu verbessern.

Ratsherr Ammermann nimmt anschließend Bezug auf die von Ratsherrn H. Schöne verlesene Protokollnotiz. Er erklärt, dass er es positiv bewerte, dass die an der Protokollnotiz beteiligten Fraktionen das Verfahren nicht länger blockieren und dieses nun fortgeführt werden könne. Für die Kinder, die den Kindergarten besuchten, seien vernünftige und geeignete Betreuungsplätze von großer Bedeutung.

Ratsfrau Ludwig ergänzt die Ausführungen von Ratsherrn Ammermann dahingehend, dass durch die Sanierung etwa zwei Jahre gewonnen werden könnten. Dies würde den Kindern ermöglichen, schneller wieder in eine Einrichtung zurückzukehren, die für sie gebaut worden sei.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, führt aus, dass es sich bei der von der Verwaltung vorgelegten Vorlage um eine Informationsvorlage handele. Im Zusammenhang mit der von Bürgermeisterin Winkelmann verlesenen Stellungnahme erklärt er, dass ein Beschluss über die Aufhebung des Baustopps aus den Reihen der Ausschussmitglieder begrüßt werde.

Seitens der Ausschussmitglieder wird kein entsprechender Beschlussantrag formuliert. Der Tagesordnungspunkt wird daraufhin geschlossen.

4 Weitere Beratung des Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2026; Ergänzungsantrag am 04.05.2026; hier: Regelmäßige Information über Bauanfragen und Baugenehmigungen

Ratsherr Schwarz stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag vor. Er führt aus, dass am 23.01.2026 erstmals ein Antrag auf regelmäßige Information über Bauanfragen und Baugenehmigungen gestellt worden sei. Da zwischen Januar und Mai 2026 diesbezüglich keine Aktivitäten erfolgt seien, habe die Fraktion am 04.05.2026 einen erneuten Antrag gestellt.

Ratsherr Schwarz erklärt, dass es die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus mehreren Gründen für wichtig halte, dass der Gemeinderat Kenntnis von privaten und gewerblichen Bauanträgen sowie Baugenehmigungen erhalte.

Hierzu gehörten insbesondere die Transparenz und die Rechenschaftspflicht. Der Gemeinderat trage die politische Verantwortung für die Stadtentwicklung und die Bautätigkeiten in der Gemeinde. Durch entsprechende Informationen könnten Entscheidungen besser nachvollzogen und das Vertrauen der Einwohnerinnen und Einwohner gestärkt werden.

Darüber hinaus beträfen Bauanträge die Flächenentwicklung und das Baurecht. Eine Information des Gemeinderates könne dazu beitragen, dass die Einhaltung von Rechtsvorschriften und die Berücksichtigung planerischer Ziele nachvollzogen werden könnten.

Informationen über Bauvorhaben ermöglichten außerdem eine gezielte strategische Steuerung, eine sinnvolle Nutzung vorhandener Ressourcen und die Festlegung von Prioritäten.

Ebenso könnten durch frühzeitige Information Aspekte des Denkmal- und Umweltschutzes sowie infrastrukturelle Belange geprüft und damit die Qualitätssicherung unterstützt werden.

Ferner vertritt die Fraktion die Auffassung, dass der Gemeinderat durch seine Informationen und Beratungen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger sowie des Umweltschutzes besser wahrnehmen könne.

Bauprojekte haben zudem Auswirkungen auf den Haushalt, Gebühren, Fördermöglichkeiten und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde. Der Gemeinderat benötige daher entsprechende Informationen, um unter anderem an der Haushalts- und Budgetplanung mitwirken zu können. Da Bauprojekte regelmäßig mehrere Abteilungen innerhalb und außerhalb der Gemeinde betreffen,

könne eine frühzeitige Information außerdem eine bessere interdisziplinäre Abstimmung ermöglichen.

Abschließend erklärt Ratsherr Schwarz, dass sich die Fraktion regelmäßige Berichte der Verwaltung wünsche. Vorgeschlagen werde eine quartalsweise Berichterstattung über laufende und geplante Bauprojekte.

Seitens der Ausschussmitglieder ergeben sich hierzu mehrere Wortmeldungen:

Ratsfrau Ludwig erklärt, dass seitens der CDU/NFL-Fraktion grundsätzlich Sympathie für den Antrag bestehe. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Bearbeitung und Genehmigung von Bauanträgen durch den Landkreis erfolgen. Der Gemeinderat könne daher auf die entsprechenden Verfahren nur begrenzt Einfluss nehmen. Eine Information des Gemeinderates könne nach ihrer Auffassung beispielsweise in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

Ratsfrau Ludwig führt weiter aus, dass der Antrag den Eindruck vermittle, der Gemeinderat solle planerisch an Bauanträgen und Baugenehmigungen mitwirken. Dies sei aus ihrer Sicht nicht möglich. Zu dieser Frage könne die Verwaltung nochmals Stellung nehmen.

Für die CDU/NFL-Fraktion erklärt Ratsfrau Ludwig abschließend, dass eine angemessene Information darüber, an welchen Standorten und in welcher Größenordnung Bauvorhaben geplant oder umgesetzt würden, grundsätzlich Zustimmung finde.

Ratsherr Wohlers erhält das Wort und führt aus, dass die Entscheidungskompetenz, wie Ratsfrau Ludwig bereits dargelegt hat, beim Landkreis liegt. Die Möglichkeit der Einflussnahme versteht die UWL-Fraktion dahingehend, dass sich der Rat auch hinsichtlich des herzustellenden Benehmens aktiv beteiligen kann. Der Antrag wird von der UWL-Fraktion befürwortet.

Ratsherr H. Schöne erhält das Wort und führt aus, dass der Landkreis die Baugenehmigungen erteilt. Die Gemeinde erteilt gemäß § 36 Abs. 1 BauGB ihr Einvernehmen zu einer Baumaßnahme. Für dieses Einvernehmen wird die Gemeinde um eine Stellungnahme gebeten. Ratsherr H. Schöne bittet darum, in einer nichtöffentlichen Sitzung über größere Bauprojekte zu informieren.

Ratsherr H. Schöne führt weiter aus, dass der sogenannte „Baturbo“ gemäß § 246 e BauGB bereits vor längerer Zeit im Ausschuss vorgestellt worden ist. Eine abschließende Entscheidung darüber, ob der „Baturbo“ in der Gemeinde Lemwerder zur Anwendung kommen soll, ist bislang nicht erfolgt. Ratsherr H. Schöne erkundigt sich nach dem weiteren Vorgehen.

Fachbereichsleiter Paack beantwortet die Frage von Ratsherrn H. Schöne und teilt mit, dass der „Baturbo“ in einer der nächsten Sitzungen erneut vorgestellt wird. Aufgrund von Abwesenheiten der zuständigen Sachbearbeiterin kommt es in diesem Bereich zu Verzögerungen.

Zu dem von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag führt Fachbereichsleiter Paack aus, dass dieser bereits im Ausschuss vorgestellt worden ist. In diesem Zusammenhang ist vereinbart worden, eine juristische Expertise

einzuholen. Diese liegt inzwischen vor. **Die Stellungnahme vom beauftragten Rechtsanwalt wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.**

Fachbereichsleiter Paack führt weiter aus, dass in § 58 Abs. 4 NKomVG geregelt ist, dass die Vertretung die Durchführung ihrer Beschlüsse sowie den sonstigen Ablauf der Verwaltungsangelegenheiten überwacht. Zu diesem Zweck kann sie vom Hauptausschuss und von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten die erforderlichen Auskünfte verlangen. Diese Auskünfte können jedoch nur in besonderen Angelegenheiten erteilt werden. Eine grundsätzliche Auskunftspflicht besteht nicht.

Anschließend verliest Fachbereichsleiter Paack das von Rechtsanwalt Brand formulierte Fazit. Danach vermögen die Fraktionsanträge (damit sind der ursprüngliche Antrag der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen und der entsprechende Zusatzantrag zu verstehen“) weder den Zweck der Überwachung noch den Bezug zu einer bestimmten Angelegenheit hinreichend dazulegen. Der von der Ratsfraktion geltend gemachte Informationsanspruch besteht nicht. Der Antrag vom 23.01.2026 ist unbegründet. Aufgrund der dargestellten rechtlichen Bedenken wird empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, spricht zur Sache, gibt den Vorsitz jedoch nicht ab. Er führt aus, dass sich die von Rechtsanwalt vorgenommene Prüfung auf den inhaltlichen und nicht auf den formalen Aspekt bezieht. Er erkundigt sich bei der antragstellenden Fraktion, ob diese zunächst lediglich formal wissen möchte, aus welchem Grund eine Baumaßnahme durchgeführt werden soll.

Ratsherr Schwarz erhält das Wort und führt aus, dass er mit Herrn Notzon, dem Leiter des Fachdienstes Bauen und Planen beim Landkreis Wesermarsch, gesprochen hat. Herr Notzon habe mitgeteilt, dass das Verfahren zur Offenlegung von Baugenehmigungsverfahren in anderen Kommunen durchaus gängig sei. Sofern dies auch in Lemwerder gewünscht werde, müsse ein entsprechender Antrag gestellt werden. In diesem Fall stelle die Umsetzung kein Problem dar.

Ratsherr Schwarz führt weiter aus, dass die antragstellende Fraktion nicht wissen möchte, was genau gebaut werden soll. Sie möchte lediglich darüber informiert werden, dass eine Baumaßnahme geplant ist. Dem Antrag ist ein Muster der Gemeinde Berne über bearbeitete Bauanträge und Anträge auf Bauvorbescheide beigelegt. Dabei handelt es sich um eine allgemein gehaltene Information, aus der keine Rückschlüsse auf den Bauherrn oder weitere Einzelheiten gezogen werden können. Eine entsprechende Auskunft ist der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits vorgestellt worden. Sofern darüber hinaus spezielle Fragen bestehen, muss die Verwaltung hierzu erneut Stellung nehmen.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, führt aus, dass es sich bei dem von Ratsherrn Schwarz dargestellten Verfahren um eine allgemeine Information darüber handelt, wo Baumaßnahmen durchgeführt werden.

Fachbereichsleiter Paack führt hierzu aus, dass auch seitens der Verwaltung Kontakt mit Herrn Notzon aufgenommen worden ist.

Herr Notzon legt in der von ihm an die Verwaltung übersandten Stellungnahme, **die dem Protokoll beigelegt wird**, dar, wie sich die Angelegenheit aus baurechtlicher

Sicht darstellt. Auf die Regelungen des NKomVG geht er in seiner Stellungnahme nicht ein.

Fachbereichsleiter Paack führt weiter aus, dass die Vertretung nicht mehr über ein Bauvorhaben informiert werden muss, wenn dieses seitens des Landkreises abgelehnt worden ist. Seitens der Verwaltung kann jedoch darüber informiert werden, wie viele Bauanträge und Anträge auf Bauvorbescheide bei der Gemeinde eingegangen sind.

Ratsfrau Rosenow, die nicht Mitglied des Ausschusses ist, erhält das Rederecht. Sie führt aus, dass sie die Stellungnahme des Rechtsanwalts gerne vor der Sitzung erhalten hätte, und erkundigt sich, warum dies nicht erfolgt ist. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe sich mit ihrem Antrag an dem Verfahren orientieren wollen, das in der Gemeinde Berne durchgeführt wird. Seitens der Verwaltung könne beispielsweise dargestellt werden, wie viele Bauanträge und Anträge auf Bauvorbescheide in den vergangenen drei Monaten eingegangen sind.

Ratsfrau Ludwig erhält das Wort und führt aus, dass sie den Antrag dahingehend verstanden hat, dass größere Bauvorhaben vor ihrer Verwirklichung der Vertretung nochmals zur Information vorgelegt werden. Nach den Ausführungen von Ratsfrau Rosenow möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jedoch lediglich wissen, wie viele Bauanträge vorliegen. Ratsfrau Ludwig erkundigt sich, welchem Zweck diese Information dienen soll.

Ratsherr Schwarz führt hierzu aus, dass die Kontrolle der Verwaltung zu den Aufgaben der Vertretung gehört und dies das Ziel des Antrags ist.

Ratsherr Wohlers erhält das Wort und unterstützt die von Ratsfrau Rosenow vorgetragene Ausführungen. Der Antrag stammt aus dem Januar 2026. Die von der Verwaltung vorgelegten Stellungnahmen von Rechtsanwalt und Herrn Notzon sind dem **Protokoll beizufügen**. Er führt weiter aus, dass diese den Mitgliedern bereits mit der Einladung zur Sitzung hätten übersandt werden können.

Ratsherr Ruminski erhält das Wort und führt aus, dass er kein Verständnis dafür hat, dass die Stellungnahmen der Einladung zur heutigen Sitzung nicht beigelegt worden sind. Nach seiner Darstellung wünscht der Antragsteller eine Information in der Form, wie sie auch durch die Gemeinde Berne erfolgt.

Ratsherr Ammermann greift die von Ratsfrau Ludwig vorgetragene Ausführungen auf. Er führt aus, dass er und seine Fraktionskolleginnen und -kollegen bei ihren Fahrten durch die Gemeinde Bauvorhaben betrachten. Dabei stelle sich mitunter die Frage, wie bestimmte Bauvorhaben genehmigt werden konnten. Vor diesem Hintergrund könne eine entsprechende Information hilfreich sein. Ob der Gemeinderat ein Bauvorhaben tatsächlich verhindern kann, sei davon unabhängig zu beurteilen.

Ratsherr Ammermann erhält erneut das Wort und spricht sich für die Einführung des „Bauturbos“ aus. Er führt aus, dass der Wohnungsbau in Lemwerder nicht durch zusätzliche bürokratische Hürden erschwert werden soll. Die Mieten in Lemwerder sind derzeit hoch und können nur durch die Schaffung zusätzlichen Wohnraums reduziert werden. Der Bedarf an Wohnraum ist vorhanden.

Ratsherr H. Schöne erhält das Wort und bezieht sich auf das Bauvorhaben an der Ritzenbütteler Straße/Ecke Kirche. Für diesen Bereich besteht kein Bebauungsplan. Daher kann der Landkreis bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen eine Baugenehmigung erteilen. Wenn die Vertretung über ein solches geplantes Bauvorhaben informiert wird, besteht möglicherweise noch die Gelegenheit, hierzu Stellung zu nehmen. Die Bauaufsichtsbehörde des Landkreises entscheidet ausschließlich nach Aktenlage und führt keine Vor-Ort-Termine durch.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, führt aus, dass er am Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen festhalten und über diesen abstimmen lassen möchte.

Bürgermeisterin Winkelmann meldet sich vor der Abstimmung zu Wort und beantragt, die Beratung und Entscheidung über den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Sie führt aus, dass sie nachvollziehen könne, dass eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt schwierig sei. Die von Fachbereichsleiter Paack eingebrachte finale Rückmeldung zur Stellungnahme des Rechtsanwalts ist der Verwaltung erst am gestrigen Tag zugegangen und konnte daher nicht mehr an die Ratsmitglieder versandt werden.

Bei einer Vertagung des nicht zeitkritischen Tagesordnungspunktes besteht die Möglichkeit, dass sich die Ratsmitglieder in ihren Fraktionen nochmals eingehend mit der juristischen Stellungnahme befassen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zunächst wird über den von Bürgermeisterin Winkelmann eingebrachten Antrag abgestimmt.

Abstimmung über Antrag auf Vertagung

Der Ausschuss für Bauen und Straßen lehnt den Antrag auf Vertagung der Entscheidung über den Antrag, den Gemeinderat in einem monatlichen Turnus in nichtöffentlicher Sitzung über alle Bauanfragen, Baugenehmigungen und Änderungen zu informieren, mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	3
Nein:	7
Enthaltung:	0

Damit ist der Antrag auf Vertagung abgelehnt.

Abstimmung über den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebrachten Antrag auf regelmäßige Information über Bauanfragen und Baugenehmigungen.

Der Ausschuss für Bauen und Straßen empfiehlt dem VA einstimmig, dass die Verwaltung dem nichtöffentlichen Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung rückwirkend zum Monat Januar 2026 eine Übersicht über alle Bauvorhaben für die eine Herstellung des Einvernehmens der Gemeinde in Anlehnung des „Berner Muster“ zur allgemeinen Information ohne weitere Beratung vorzulegen hat. Zukünftig erfolgt eine regelmäßige Unterrichtung durch die Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist der Antrag seitens des Fachausschusses einstimmig beschlossen worden.

5 Vorstellung des Antrages der FDP-Fraktion vom 10.03.2026 auf Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes für die Gemeinde Lemwerder

Ratsherr H. Schöne stellt den von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrag auf „Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes für die Gemeinde Lemwerder“ vor. Er führt aus, dass die Technik fortschreitet und daher inzwischen gute Möglichkeiten bestehen, durch eine moderne Straßenbeleuchtung CO₂ und Kosten einzusparen. Die Gemeinde Lemwerder sollte nach seiner Auffassung nicht über eine Beleuchtung verfügen, die nicht mehr dem aktuellen technischen Stand entspricht.

Er führt weiter aus, dass in der Eschhofsiedlung ein intelligentes Beleuchtungssystem installiert werden soll. Dieses System soll anschließend schrittweise in der gesamten Gemeinde Lemwerder eingeführt werden. Für die Erstellung eines ganzheitlichen Beleuchtungskonzeptes sind im Haushalt 2027 entsprechende Mittel einzustellen.

Ratsherr H. Schöne weist außerdem darauf hin, dass die UWL-Fraktion bereits vor einigen Jahren einen Antrag gestellt hat, die Gemeinde Lemwerder zu einer „Klimanotstandsgemeinde“ zu erklären.

Aus der Verwaltung und dem Ausschuss ergeben sich weitere Wortmeldungen:

Fachbereichsleiter Paack erhält das Wort und führt aus, dass im Haushalt 2026 bereits entsprechende Mittel eingestellt worden sind. Sobald der Haushalt 2026 wirksam ist, soll eine entsprechende Ausschreibung durchgeführt werden.

Ratsfrau Ludwig erhält das Wort und nimmt Bezug auf den von der CDU/NFL -Fraktion eingebrachten Antrag zur „Aussetzung der Nachtabstaltung der Straßenbeleuchtung“. Sie führt aus, dass sich viele Einwohnerinnen und Einwohner wünschen, dass die Straßenbeleuchtung auch nachts eingeschaltet bleibt. Dies vermittele den Einwohnerinnen und Einwohnern ein Gefühl der Sicherheit.

Ratsherr Wohlers erhält das Wort und bedankt sich für den Antrag der FDP-Fraktion sowie für die Erwähnung der UWL in der Antragsbegründung. Zu den Ausführungen von Ratsfrau Ludwig führt er aus, dass er es nicht für sachgerecht hält, gleichzeitig über die Nachtabstaltung und über ein ganzheitliches Beleuchtungskonzept zu entscheiden.

Ratsfrau Ludwig meldet sich zu Wort und beantragt, noch in der heutigen Sitzung über die Aufhebung der Nachtabstaltung abzustimmen.

Um 19:20 Uhr stellt Ratsherr Wohlers einen Antrag zur Geschäftsordnung. Er führt aus, dass er es nicht für sachgerecht hält, noch in der heutigen Sitzung über den von Ratsfrau Ludwig eingebrachten Antrag zu entscheiden.

Ratsherr Ruminski teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese zunächst über den Antrag von Ratsfrau Ludwig beraten müsse. Er schlägt daher vor, den Antrag zur weiteren Beratung an die Fraktionen zurückzuverweisen.

Ratsherr Ammermann erhält das Wort und beantragt, auch den von der FDP-Fraktion eingebrachten Antrag zur weiteren Beratung an die Fraktionen zurückzuverweisen.

Ratsfrau Rosenow erhält das Wort und führt aus, dass der von der FDP-Fraktion eingebrachte Antrag bereits seit dem 10.03.2026 vorliegt. Beratungen über die Nachtabstaltung seien nicht Gegenstand des Antrags. Sie erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag auf Aufhebung der Nachtabstaltung ablehnen würde.

Bürgermeisterin Winkelmann erhält das Wort und führt aus, dass für die Erstellung einer Ist-Bestandsaufnahme als Grundlage für ein ganzheitliches Beleuchtungskonzeptes bereits Mittel in Höhe von 40.000,00 Euro im Haushalt 2026 eingestellt worden sind. Aus diesem Grund hält sie eine gesonderte Abstimmung hierüber nicht für erforderlich.

Zu dem von Ratsfrau Ludwig eingebrachten Antrag führt Bürgermeisterin Winkelmann aus, dass die Ratsmitglieder nach der geltenden Geschäftsordnung jederzeit berechtigt sind, einen Antrag mündlich zu stellen. Über eine mögliche Vertagung des Antrags müsse anschließend im Ausschuss beraten und entschieden werden.

Ratsherr H. Schöne wendet sich an Bürgermeisterin Winkelmann und erkundigt sich, warum der Antrag der FDP-Fraktion überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt worden ist.

Bürgermeisterin Winkelmann führt hierzu aus, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Planung bereits mit dem Thema auseinandergesetzt hat.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, erkundigt sich, ob sich der Antrag der FDP-Fraktion aufgrund der Information der Verwaltung, dass 40.000,00 Euro für ein ganzheitliches Beleuchtungskonzept eingestellt worden sind, erledigt hat.

Hierzu ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Rosenhagen, wendet sich an Ratsherrn Ruminski und erkundigt sich, ob dieser an seinem Antrag festhält, das Thema „Ende der Nachtabstaltung“ zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückzuverweisen.

Ratsherr Ruminski bejaht dies.

Der Ausschuss für Bauen und Straßen stimmt mehrheitlich dafür, den Antrag „Ende der Nachtabstaltung“ zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückzuverweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	6
Nein:	4
Enthaltung:	0

Damit wird der Antrag zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurückverwiesen.

Ratsfrau Rosenow bittet die Antragstellerin Frau Ludwig, den Antrag detaillierter auszuarbeiten.

Ratsfrau Ludwig führt aus, dass dies schriftlich erfolgen wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

6 Vorstellung des Antrages der CDU/NFL-Gruppe vom 27.05.2026; hier: Umwandlung eines Tennisplatzes in 2 Padel Plätze

Ratsherr Ammermann stellt den von der CDU/NFL-Fraktion eingebrachten Antrag vor. Er führt aus, dass der SV Lemwerder e. V. an die CDU/NFL-Gruppe herangetreten ist und um eine entsprechende Umwandlung der derzeit vorhandenen Tennisplätze gebeten hat. Hintergrund ist, dass die sechs bestehenden Tennisplätze nicht mehr ausreichend genutzt werden.

Das Vorstandsmitglied des SV Lemwerder e. V., Herr Norman Stamer, ist im Sitzungssaal anwesend und kommt um 19:26 Uhr an den Beratungstisch, um das Vorhaben vorzustellen. Gegen seine Teilnahme an der Beratung werden keine Einwände erhoben.

Anhand einer dem Protokoll als Anlage beigefügten Präsentation erläutert Herr Stamer die Gründe für den Antrag und stellt das Finanzierungskonzept vor. Er führt aus, dass es für eine Finanzierung, beispielsweise im Rahmen der Sportstättenförderung des Kreissportbundes, erforderlich ist, dass der SV Lemwerder e. V. langfristige Nutzungsrechte an der Anlage erhält. Darüber hinaus erklärt er, dass der Gemeinde weder derzeit noch künftig Kosten entstehen.

Die Ausschussmitglieder stehen dem Vorhaben positiv gegenüber.

Ratsherr Meyer führt aus, dass er es begrüßt, wenn der Pachtvertrag auf eine Laufzeit von 20 Jahren angelegt wird.

Ratsherr H. Schöne regt an, im Antrag neben dem SV Lemwerder e. V. auch einen möglichen Rechtsnachfolger zu berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es folgt die Abstimmung.

Der Ausschuss für Bauen und Straßen beschließt einstimmig, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem SV Lemwerder e. V. – wobei ein Rechtsnachfolger in den Vertrag eintreten kann – für ein noch abzugrenzendes Areal zur Errichtung eines Padel-Tennisplatzes einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	0
Enthaltung:	0

Damit ist der Beschluss einstimmig angenommen.

7 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Mitteilungen der Verwaltung

Schwimmbadsanierung

Bürgermeisterin Winkelmann berichtet, dass die Gemeinde Lemwerder aus dem Landesprogramm „Sportstätteninvestitionsprogramm“ Fördermittel in Höhe von insgesamt 295.687,00 Euro erhält. Aus dem Bundesprogramm „Förderung kommunaler Sportstätten – Schwimmbäder“ wurde die Gemeinde zudem mit weiteren 1.000.000,00 Euro berücksichtigt. Grundlage hierfür ist eine vom Bund auf den Weg gebrachte zusätzliche Tranche in Höhe von 250 Millionen Euro, mit der der Sanierungsstau in den Kommunen wirkungsvoll abgebaut werden soll.

Die benötigten Gesamtmittel belaufen sich nach der aktuellen Kostenschätzung auf 3.179.662,00 Euro für das Schwimmbad sowie zusätzlich 436.302,00 Euro für die Turnhalle. Demnach müsste die Gemeinde bis zum Jahr 2029 Eigenmittel in Höhe von 2.320.277,00 Euro bereitstellen. Die bewilligte Förderung fällt somit rund 1,2 Millionen Euro geringer aus als ursprünglich beantragt.

Die Gemeinde Lemwerder wurde aufgrund ihrer Projektskizze ausgewählt. Insgesamt gingen 939 Interessenbekundungen ein; das Programm war damit nahezu 13-fach überzeichnet. Im nächsten Schritt muss die Gemeinde einen Zuwendungsantrag einreichen und die Projektskizze konkretisieren. Hierzu findet ein Koordinierungs- und Antragsgespräch zur Finalisierung des Zuwendungsantrags statt. Der Gemeinde wird hierfür noch ein Termin mitgeteilt.

Die Ergebnisse des Antragsgesprächs sind anschließend entsprechend bei der Mittelvergabe zu berücksichtigen.

Darüber hinaus muss sich die Gemeinde Lemwerder im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2027 damit auseinandersetzen, wie die erforderlichen Mittel finanziert werden können. Um die vollständige Förderung zu erhalten, muss nach Abschluss der Sanierung der energetische Standard der Effizienzgebäudestufe 55 erreicht und nachgewiesen werden. Zudem muss die Wärmeversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erfolgen.

Förderung Rossmann spendet Licht

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass die von der Gemeinde Lemwerder im Rahmen des Förderprogramms „Rossmann spendet Licht“ erhaltenen Leuchtmittel im Wert von ca. 56.000,00 Euro eingetroffen sind

Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen von Ratsfrauen und Ratsherren

1) Straßenbeleuchtung Stedinger Straße

Ratsherr Helling erhält das Wort und führt aus, dass die Straßenbeleuchtung an der Stedinger Straße derzeit vollständig ausgeschaltet ist. Er erkundigt sich nach den Gründen hierfür.

Fachbereichsleiter Paack erläutert, dass die Abschaltung aufgrund der in der Eschhofsiedlung stattfindenden Bauarbeiten zurückzuführen ist. Hierdurch sind

Abschnitte an der Stedinger Straße (von der Schulstraße bis zur Deichstraße), Mühlenstraße, Ochtmstraße und ein Teilabschnitt der Deichstraße (zwischen Stedinger Straße/Am Schaart bis St.-Veit-Straße) vom Ausfall der Beleuchtung betroffen. Die Arbeiten in der Eschhofsiedlung kommen nach seinen Angaben gut voran. Bis Ende September 2026 soll ein neuer Schaltbezirkkasten für die Eschhofsiedlung installiert und in Betrieb genommen werden. In diesem Zusammenhang werden der Trennung von zwei Schaltbezirken vorgenommen. Sofern keine weiteren Probleme auftreten, wird die Straßenbeleuchtung an der Stedinger Straße voraussichtlich ab Oktober wieder eingeschaltet werden können.

2) Fördermittel für die Schwimmbadsanierung

Ratsherr Wohlers führt aus, dass im Hinblick auf die Schwimmbadsanierung zur Entscheidungsvorbereitung ein Abgleich der Planungen mit den Förderbedingungen vorzunehmen ist. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf den Mehrkosten liegen, die durch die Erreichung des geforderten Energiestandards entstehen.

3) Unterhaltungsarbeiten im Bereich der Straßen

(vgl. TOP 3 des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Straßen vom 12.02.2026)

Ratsherr Wohlers nimmt Bezug auf das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Straßen und zitiert die nachstehende Aussage von Ratsherrn Schröder:

„Ratsherr Schröder erbittet von der Verwaltung eine Aufstellung, aus der hervorgeht, wie hoch die Kosten für die Unterhaltungsarbeiten im Bereich der Straßen sind. Neben dieser Aufstellung erbittet er auch eine Prognose für die zukünftige Entwicklung.“

Fachbereichsleiter Paack erklärt, dass eine entsprechende Aufstellung bereits erstellt wird. Eine Prognose wird, soweit dies möglich ist, ebenfalls angefertigt.

Ratsherr Wohlers führt aus, dass die Aufstellung bislang noch nicht vorliegt. Er bittet die Verwaltung um Mitteilung, wann die Aufstellung dem Ausschuss zur Verfügung gestellt wird.

Bürgermeisterin Winkelmann erläutert, dass die Aufstellung am 12.03.2026 im Rahmen der Haushaltsberatungen an die Ratsmitglieder versandt worden ist. Die Unterlagen sind im Ratsinformationssystem Session unter der Sitzung vom 12.03.2026 einsehbar. Dort befindet sich eine Auflistung der Brücken und Straßen der Gemeinde. Eine Übersicht über die Straßenbaumaßnahmen aus dem Jahr 2025 liegt bislang noch nicht vor. Eine entsprechende Übersicht wird derzeit durch den Fachbereich 4 erstellt und nachgereicht.

Ratsherr Wohlers stellt klar, dass es sich hierbei um ein Missverständnis handelt. Die von der Bürgermeisterin angesprochene Aufstellung bezieht sich auf die für das Jahr 2026 vorgesehenen Mittel. In seiner Anfrage geht es hingegen um die insgesamt für die Straßensanierung erforderlichen Mittel. Es soll ein Überblick über den gesamten Sanierungsbedarf der Straßen und nicht nur über die Mittel der einzelnen Haushaltsjahre erstellt werden.

Fachbereichsleiter Paack führt aus, dass der gesamte Sanierungsbedarf derzeit finanziell nicht konkret eingeschätzt werden kann. Im Haushalt 2026 sind Mittel für den Einsatz eines KI-gestützten Moduls zur Bestandsaufnahme der Straßen eingestellt. Mithilfe dieses Moduls kann der Zustand der Straßen genauer erfasst werden. Auf dieser Grundlage lassen sich anschließend die erforderlichen Maßnahmen und die voraussichtlichen Kosten ermitteln.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Wohlers, ob die Verwaltung für die Erstellung der Prognose auf die zuvor genannte Unterstützung wartet, bestätigt Fachbereichsleiter Paack dies.

4) Prioritätenliste für die Brücken

Ratsherr H. Schöne erhält das Wort und führt aus, dass er der Bürgermeisterin am 18.09.2026 Fragen zum Protokoll vom 12.02.2026 übermittelt hat. Die Verwaltung habe die Fragen inzwischen schriftlich beantwortet, aber er möchte erneut nachfragen, da er keine Zeit gefunden hat, die Mail vom heutigen Tage vor der Sitzung zu lesen.

Er erläutert, dass sich eine seiner Fragen auf die Umsetzung der Brückensanierung bezieht. Hierzu soll eine Prioritätenliste hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahmen erstellt werden. Diese Liste ist in der ihm am heutigen Tag übermittelten Antwort nicht enthalten.

Die Bürgermeisterin führt aus, dass die Brückenliste in Session in der FuG-Sitzung vom 12.03.2026 als Anlage zu finden ist.

5) Discgolf

Ratsherr H. Schöne wendet sich an Herrn Stamer vom SV Lemwerder e. V. und erkundigt sich, ob der Verein die Trendsportart „Discgolf“ weiterhin verfolgt. Herr Stamer führt aus, dass der Schwerpunkt des SV Lemwerder derzeit auf der Einrichtung der Padel-Courts liegt. Discgolf ist aus seiner Sicht eine Randsportart, von der der Verein nicht profitieren würde und die Kosten und der Aufwand zu hoch sind.

6) World Cleanup Day am 19.09.2026

Ratsherr H. Schöne führt aus, dass am 19.09.2026 der World Cleanup Day stattgefunden hat. Er erkundigt sich, ob sich die Gemeinde Lemwerder daran beteiligt habe.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass seitens der Vereine und Privatpersonen keine Rückmeldungen eingegangen sind. Die Kinder der türkischen Moschee, die Grundschule Lemwerder und die „Jule“ beteiligten sich an der Aktion.

Die Beteiligung der Gemeinde fand somit in einem kleineren Rahmen statt.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

8 Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner richten in der heutigen Sitzung folgende Fragen an den Rat und die Verwaltung:

Gemeindeentwicklung

Ein Einwohner erkundigt sich, ob seitens der Gemeindevertretung und der Verwaltung grundsätzliche Überlegungen zur weiteren Entwicklung der Gemeinde bestehen. Zudem fragt er, ob die Verwaltung und der Rat beabsichtigen, einen Investor für die Schaffung von Wohnraum in Lemwerder für Studierende der „Constructor University“ zu gewinnen.

Ratsherr Schwarz führt aus, dass er hierzu mit der NVL gesprochen hat. Von dort sei mitgeteilt worden, dass seitens der Studierenden kein Bedarf bestehe.

Der Einwohner erwidert, dass die Studierenden dies selbst anders darstellten und einen entsprechenden Bedarf sähen.

Ratsherr Schwarz erklärt, dass eine konkrete Antwort auf diese Frage derzeit schwierig sei.

Ratsfrau Rosenow führt aus, dass sie die Frage des Einwohners für berechtigt und wichtig hält. Sie erachtet es als notwendig, sich zeitnah mit diesem Thema zu befassen.

Der Einwohner meldet sich erneut zu Wort und erklärt, dass er in der heutigen Sitzung keine detaillierte Antwort erwartet. Er möchte jedoch erreichen, dass das Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Ausschusssitzungen gesetzt wird.

Ratsfrau Ludwig führt aus, dass die CDU/NFL-Fraktion den Wohnungsbau unterstützt. Durch Gespräche müsse zunächst ermittelt werden, welcher Bedarf tatsächlich besteht.

Ratsherr Wohlers führt aus, dass die UWL einen Antrag gestellt hat, sich mit dem Bebauungsplan in Deichshausen zu befassen. Dieser Antrag ist zurückgestellt worden. Nach Auffassung der UWL bietet sich das Flugfeld für eine Wohnbebauung an. Hierfür hat es im Rat bislang jedoch keine entsprechende Mehrheit gegeben. Stattdessen sei nach Aussage von Ratsherrn Wohlers die Photovoltaikanlage auf dem Flugfeld umgesetzt worden, die er als „Quatsch“ bezeichnet.

Ratsherr H. Schöne erhält das Wort und führt aus, dass die Grundlage für die weitere Gemeindeentwicklung der Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2015 ist. Im Hinblick auf den Wohnungsbau müsse der Rat gemeinsam mit der Verwaltung schneller vorankommen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt sowie die Sitzung werden geschlossen

Wolf Rosenhagen
Vorsitzender

Christina Winkelmann
Bürgermeisterin

Henrik Kroog
Protokollführer